

Bewaffneter Friede • Wilhelm Busch

Ganz unverhofft auf einem Hügel
sind sich begegnet Fuchs und Igel.
Halt! rief der Fuchs, du Bösewicht!
Kennst du des Königs Order nicht!
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
Und weißt du nicht, daß jeder sündigt,
der immer noch gerüstet geht!
Im Namen seiner Majestät,
komm her und übergib dein Fell!

Der Igel sprach: Nur nicht so schnell,
nur nicht so schnell!
Laß dir erst deine Zähne brechen,
dann wollen wir uns weitersprechen.
Und also bald macht er sich rund,
zeigt seinen dichten Stachelbund
und trotz getrost der ganzen Welt,
bewaffnet, doch als Friedensheld.

Der Frieden muss bewaffnet sein - starke-meinungen.de

„Speak softly and carry a big stick“ (Theodore Roosevelt)

Am 5. Dezember 1994 wurde in Budapest auf der im Rahmen der dort stattfindenden KSZE-Konferenz das „Budapester Memorandum“ unterzeichnet. Darin verpflichteten sich die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Russland gegenüber den ehemaligen Mitgliedsstaaten der Sowjetunion Kasachstan, Weißrussland und der Ukraine die Souveränität und die bestehenden Grenzen dieser Länder zu achten. Dafür mussten sie auf ihre Nuklearwaffen verzichten, die danach in russische Depots verbracht wurden. Der Verbleib der aus der ehemaligen SU stammenden Nuklearwaffen war dringend zu regeln, da diese Waffen den drei Staaten nach der Auflösung der SU „vererbt“ worden waren. Die Ukraine hatte so plötzlich das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt. Nach Abschluss des „Budapester Memorandums“ konnte der Atomwaffensperrvertrag von allen Ländern, die ihn unterzeichnet hatten, ratifiziert werden. China und Frankreich gaben zur Sicherheitsgarantie der Ukraine eigene Erklärungen ab.

Im Frühjahr 2014 startete Russland auf der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim eine verdeckte Intervention, die in eine militärische Aggression einmündete und schließlich mit der vollen Annexion der Insel durch Russland endete. Kurze Zeit danach wiederholten russische Spezialkräfte diese Operation im Osten der Ukraine, im Donbass, wo in den beiden Distrikten Donezk und Luhansk sog. „Volksrepubliken“ entstanden, die sich bis heute als russische Satellitenstaaten gerieren. Durch das Minsker Abkommen, das hauptsächlich von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel vermittelt wurde, konnten die weitere Ausdehnung des bewaffneten Konflikts und die Annexion der besetzten Gebiete ins russische Staatsgebiet (vorläufig) verhindert werden. Zur Zeit ist der Konflikt eingefroren. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Die Zeit arbeitet aber für Russland, da die beiden „Volksrepubliken“ militärisch, wirtschaftlich und finanztechnisch immer mehr mit Russland verschmelzen.

Mit den beiden Aggressionen hat Russland das „Budapester Memorandum“, aber auch die Grundsätze des Gewaltverzichts aus der KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) und der „Charta von Paris“ (1990) gebrochen. Russland hat dadurch zu erkennen gegeben, dass es nicht länger gewillt ist, sich an die Regeln des internationalen Völkerrechts zu halten. Putin hat offen das Ziel ausgegeben, möglichst viel von dem verloren gegangenen Territorium der ehemaligen Sowjetunion wiederzuerlangen. Grenz-Revisionismus ist unverhofft auf die Tagesordnung der europäischen Politik zurückgekehrt.

Für die Ukraine ist der russische Angriff bitter, weil es sich um die Attacke einer der Mächte handelt, die in Budapest die territoriale Integrität des Landes ausdrücklich garantiert haben. Der Bruch dieses Abkommens zeigt, dass ein Land letztlich schutzlos ist, wenn es sich nicht selbst verteidigen kann. Die konventionelle Armee der Ukraine war und ist in einem erbärmlichen Zustand. Die Ausrüstung ist so schlecht, dass die Zivilgesellschaft Geld für Schutzwesten und bessere Verpflegung sammelt. Die Armee war zu keiner Zeit in der Lage, den schlagkräftigen Verbänden der russischen Armee Widerstand zu leisten. Deshalb wird unter Militärexperten diskutiert, ob es Putin gewagt hätte, die Ukraine anzugreifen, wenn diese über einsatzfähige Atomwaffen verfügt hätte. Wie wir aus der Geschichte des Kalten Krieges wissen, sind diese Waffen, von denen sich kein vernünftiger Mensch wünscht, dass sie jemals eingesetzt werden, doch die beste Lebensversicherung gegenüber abenteuerlustigen und aggressiven Staaten. Die Sowjetunion hat gewiss viele Aggressionen begangen (Ungarn, CSSR, DDR, Afghanistan). Sie hat aber peinlich darauf geachtet, nie auch nur einen Zipfel eines Landes anzugreifen, das durch einen Atomschirm – den eigenen oder den der NATO – geschützt war. In der Kuba-Krise 1962 schreckte die sowjetische Führung vor der ultimativen Zuspitzung des Konflikts zurück.

Die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten wirft die Frage nach den Sicherheitsgarantien auf, die alle Vorgängerpräsidenten selbstverständlich gegenüber den Verbündeten der USA gewährleistet haben. Trump hat nicht nur die NATO als „obsolet“, also entbehrlich bezeichnet. Er hat auch angekündigt, dass die amerikanischen Sicherheitsgarantien im Rahmen der NATO künftig einen Preis haben werden. Sie würden nur noch für die Staaten gelten, die bereit sind, ihre Verteidigungsausgaben auf 2% des BIP zu erhöhen, wie es eine Selbstverpflichtung innerhalb der NATO vorsieht. Deutschland liegt zur Zeit bei 1,2 %. Vor allem die Staaten an der neuralgischen Ostgrenze der NATO (Polen, Lettland, Estland, Litauen, Slowakei) befürchten, dass sich die USA und in ihrem Gefolge Staaten mit ausgeprägten pazifistischen Neigungen (Deutschland) bei

einem möglichen Konflikt mit Russland passiv verhalten könnten. Meinungsumfragen in Deutschland haben ergeben, dass nur eine Minderheit bereit wäre, diesen kleinen Staaten im Falle eines militärischen Konflikts beizustehen. Die Garantie durch den NATO-Schutzschirm stünde dann nur auf dem Papier und wäre im Ernstfall wertlos.

Deshalb ist die Frage legitim, ob es nicht opportun wäre, wenn sich alle Staaten, die sich von Russland bedroht fühlen, heimlich Atomwaffen zulegen, wie das schon vor Jahrzehnten Israel getan hat, ohne dies an die große Glocke zu hängen. Keine Regierung eines Staates im Nahen Osten, die bei Sinnen ist, würde es heute wagen, Israel direkt anzugreifen, weil sie befürchten müsste, einen hohen militärischen Preis – den höchstmöglichen – dafür zu bezahlen. Das Einlenken Irans im Atomkonflikt und seine Bereitschaft, ein Abkommen zum Verzicht auf Atomwaffen zu unterzeichnen, verdankt sich mit Sicherheit auch dem israelischen Drohpotential. Israel hat stets zu erkennen gegeben, dass es nicht gewillt ist, iranische Atomwaffen zu tolerieren. Eine solche Abschreckung ist allerdings nur dann glaubwürdig, wenn ein Staat bereit und dazu fähig ist, das Äußerste zu tun: Atomwaffen gegen einen Aggressor einzusetzen. Wie man an diesem Beispiel sehen kann, muss der Frieden bewaffnet sein, wenn er garantiert sein will. Israel kann es sich nicht leisten, bei der Sicherung seiner Existenz auch nur zu „wackeln“.

Bedroht können sich von Russland all die Staaten fühlen, in denen heute noch russische Minderheiten leben. Russland hat zu Zeiten der Sowjetunion eine strategisch angelegte (völkerrechtswidrige) Russifizierung all der Länder des Imperiums betrieben, die potentiell als unsichere Kantonisten galten. Das waren vor allem die Länder an der Grenze zum kapitalistischen Westen und die Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit. Durch eine starke russische Minderheit sollten sie eng an das Mutterland des Sozialismus, Russland, gebunden werden. Politische und technische Eliten wurden im großen Stil samt ihren Familien in diesen Ländern angesiedelt. Ihre Gehälter waren deutlich höher als die im russischen Mutterland. In manchen Republiken der SU bildeten Russen bald respektable Minderheiten von bis zu 30 %, die bis heute in diesen Ländern leben. Da Putin die Losung ausgegeben hat, Russland sei überall dort, wo Russen leben, fürchten die Regierungen dieser Länder zu Recht russische Einflussnahmen, z.B. durch Desinformationskampagnen, und auch hybride Interventionen nach dem Vorbild der Krim, die in eine offene „Landnahme“ münden könnten.

In der DDR gab es in den 1980er Jahren einen Streit zwischen der autonomen Friedensbewegung, die

von Dissidenten getragen wurde, und der offiziellen „Friedensbewegung“, die von der Staatsführung gelenkt wurde. Die Dissidenten machten sich die stilisierte Abbildung eines Denkmals des sowjetischen Bildhauers Jewgeni Wutschetitsch „Schwerter zu Pflugscharen“ zu eigen, was die SED maßlos ärgerte. Sie denunzierte die alternative, staatsferne Friedensbewegung als von den „imperialistischen Kreisen des Westens“ gelenkt und gab die Losung aus: „Der Frieden muss bewaffnet sein!“ – Atomraketen der NATO-Staaten sollten bekämpft, Atomraketen des Warschauer Pakts sollten verteidigt werden. Das nannte sich dann „parteilicher Friedenskampf“. Heute kann es opportun sein, die Losung der DDR-Führung aufzugreifen und gegen den Aggressor von heute – Russland – zu wenden. So ändern sich die Zeiten.

Die weltpolitischen Lage ist von zwei autoritären Mächten – Russland und China – geprägt, die sich nicht an die Spielregeln des Völkerrechts halten, weil ihr Vormachtstreben groß und ihre Skrupel bei der Anwendung von Gewalt klein sind. Sie rechnen mit der Friedfertigkeit der westlichen Welt. Sie wissen, dass in Demokratien die Bevölkerung, wenn sie kriegsmüde ist, eine Regierung daran hindern kann, militärische Aktionen – und seien es nur Verteidigungsmaßnahmen – zu unternehmen. Deshalb gilt für diese beiden Mächte die Devise: Tatsachen schaffen und in Ruhe abwarten, wie die westliche Welt, der sie Schwäche und Dekadenz unterstellen, darauf reagiert. Bei der Besetzung ukrainischen Territoriums durch Russland und bei der Besetzung von Inseln im südchinesischen Meer durch China hat diese Methode bestens funktioniert.

Wenn der Frieden nur aufrechterhalten kann, wenn er bewaffnet ist, könnte das heißen, dass sich die Länder, gegen die sich die aggressiven Handlungen der beiden aggressiven Mächte richten, Atomwaffen zulegen. Sie müssten dies heimlich tun, um keine Präventivschläge zu riskieren. Danach sollten sie den Gegner aber über informelle Kanäle wissen lassen, dass ihre militärische Abwehrkapazitäten eine völlig neue Dimension erreicht haben. Wenn der russische Geheimdienst Wind davon bekommt, dass Raketen mit Atomsprengköpfen in unterirdischen Silos schlummern, in deren Steuerungssysteme die GPS-Koordinaten des Kreml einprogrammiert sind, wird er den machtbesessenen Kreml-Herrn vielleicht von weiteren Abenteuern abhalten können. Putin ist zwar ein zynischer Spieler, ein Selbstmörder ist er nicht.

Deshalb muss der Frieden (ausreichend) bewaffnet sein.

Dass man den Schalmeyenklängen der hochgerüsteten „Friedensfreunde“ misstrauen sollte, wusste schon Wilhelm Busch:

Bewaffneter Friede

Ganz unverhofft, an einem Hügel,
Sind sich begegnet Fuchs und Igel.
»Halt«, rief der Fuchs, »du Bösewicht!
Kennst du des Königs Ordre nicht?
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
Und weißt du nicht, dass jeder sündigt,
Der immer noch gerüstet geht? –
Im Namen Seiner Majestät,
Geh her und übergib dein Fell!«
Der Igel sprach: »Nur nicht so schnell!
Lass dir erst deine Zähne brechen,
Dann wollen wir uns weitersprechen.«
Und also gleich macht er sich rund,
Schließt seinen dichten Stachelbund
Und trotz getrost der ganzen Welt,
Bewaffnet, doch als Friedensheld.